

Antrag

der Fraktionen der SPD und F.D.P.

EntschlieÙung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/4800 –

Landeshaushaltsgesetz 2000/2001 (LHG 2000/2001)

Ausbildung in Rheinland-Pfalz

Der Landtag stellt fest:

In Rheinland-Pfalz wurde die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 1999 wiederum um drei Prozent gesteigert. Damit sind in Rheinland-Pfalz 1999 13,3 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden als im Jahr 1996, im Bundesdurchschnitt betrug der Anstieg lediglich 9,9 Prozent. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den 1997 eingeführten vier IT-Berufen. Hier betrug die Zunahme der abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahresvergleich 13,1 Prozent.

Die Anstrengungen der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind beispielhaft. Durch arbeitsmarktintegrierende Interventionen den Zuwachs an Ausbildungsplätzen wirkungsvoll zu unterstützen, ist der richtige Weg. Gerade für benachteiligte Jugendliche ist die immer größer werdende Qualifikationsanforderung für den Berufseinstieg ein besonderes Hindernis.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. im Rahmen des ovalen Tisches die regionalen Netzwerke (Ausbildungskonferenzen, runde Tische, Initiativen der Kreise, der Kommunen und der Kammern) zu unterstützen,
2. die finanziellen Ressourcen des Landes mit denen des Jugendsofortprogramms des Bundes zu koordinieren, die Anstrengungen für den Übergang von der überbetrieblichen in die betriebliche Ausbildung zu verstärken und Qualifikationsmaßnahmen viel frühzeitiger zusammen mit der Schule zu ergreifen und nicht erst am Ende der Schullaufbahn,
3. durch Ausbau der bereits vorhandenen Kooperation der Lernorte Schule und Betrieb einen Beitrag zur Verbesserung der dualen Ausbildung zu leisten und die berufliche Bildung weiterzuentwickeln,
4. auch in den Jahren 2000/2001 mit Modellprojekten wie „Arbeit und Lernen“ sowie zum Übergang von der Schule in die Ausbildung, mit berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und aufsuchender Arbeit die Chancen für Schulabgänger zu verbessern und in einem angemessenen Zeitraum über die gemachten Erfahrungen zu berichten,

5. im Rahmen der Initiative Qualitätsmanagement an rheinland-pfälzischen Schulen auch einen Schwerpunkt im berufsbildenden Bereich, insbesondere in der dualen Ausbildung, zu setzen,
6. die Förderung der Verbundausbildung weiterzuführen. Gleichzeitig sind Hinderungsgründe bei den Betrieben zur Verbundausbildung zu beseitigen, um damit weitere Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen zu gewinnen.

Für die Fraktion der SPD:
Joachim Mertes

Für die Fraktion der F.D.P.:
Werner Kuhn